

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

48 (8.12.1948)

Badisches VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2 Nr. 48

Mannheim, 8. Dezember 1948

Preis 15 Pfg.

Der Skandal um das „Jedermann-Programm“

Dreifache Gewinne für die Unternehmer — Die STEG-Geschäfte des Frankfurter Wirtschaftsrates — Warenhortung und Schwarzmarktgeschäfte treiben wieder Blüten — Der Kampf um die höheren Löhne ist der Kampf gegen die hohen Preise!

Das „Jedermann-Programm“ des Frankfurter Wirtschaftsrates erweist sich von Tag zu Tag mehr als pures Schwindel. Der armen Bevölkerung sollte es, so hatte Prof. Erhard versprochen, „billige Waren in ausreichender Menge“ bringen. Die Wirklichkeit sieht anders aus, sie bringt den Industriellen durch das „Jedermann-Programm“ riesige Gewinne.

Der Frankfurter Wirtschaftsrat startete sein „Jedermann-Programm“ als die Woge der Empörung über die endlosen Preissteigerungen einen Höhepunkt zuzusteuern, der im 24-stündigen Generalstreik der Gewerkschaften seinen erkennbaren Ausdruck hatte. Das „Jedermann-Programm“ sollte die aufgebrachte öffentliche Meinung beruhigen. Ein Propaganda-Trick also? Das „Jedermann-Programm“ ist nicht nur ein geschicktes Abfangen der Volksstimmung gewesen, sondern seine Praxis hat sich zum größten Skandal entwickelt, den wir auf wirtschaftlichem Gebiet seit 1945 kennengelernt haben. Die Preise der „Jedermann-Artikel“ sind für die Unternehmer keine geringere Profitquelle als ihre Schwarzmarktgeschäfte.

Der Zweizeilen-Gewerkschaftsrat sieht sich veranlaßt, gleichfalls nunmehr gegen das „Jedermann-Programm“ Stellung zu nehmen. Er stellt fest, daß es keine Senkung der Preise, sondern der Industrie nur Gewinne bringe. In voller Absicht werde verhindert, daß der größere Teil der Produktion unter dieses Programm falle. Die angeführten Beispiele aus der Schuhindustrie sind skandalös. Jede Firma, die 40 Proz. ihrer Produktion auf die Herstellung von „Jedermann-Schuhen“ umstelle, erhalte für die gesamte Produktion billiges ausländisches Leder, 60 Proz. der Schuhproduktion, die den Unternehmern „frei“ zur Verfügung stehen, werden also auch mit billigem Leder hergestellt, das aus dem Ausland bezogen wird und Devisen kostet. Die Unternehmer haben mit dem „Jedermann-Programm“ gleich einige Quellen, aus denen sie Profit schöpfen. Am „Jedermann-Programm“ verdienen sie, für die „freie“ Produktion bekommen sie billiges Leder und die „freie Produktion“ bedeutet, über die Waren verfügen zu können, mit denen der Schwarzmarkt legalisiert wird.

Die Preisbildung bei „Jedermann-Textilwaren“ ist überhaupt nicht unter Kontrolle gehalten. Die zur Verfügung gestellten Textilrohstoffe für das „Jedermann-Programm“ sind so gering, daß die Preise, die der Frankfurter Preisspiegel festlegte, nur theoretisch und illusorisch sein können. Die Doppelzone hat im vierten Quartal 1948 30 000 Tonnen Baumwolle einzuführen geplant, wovon nur 7000 Tonnen dem Zivilsek-

tor zur Verfügung stehen sollen. In früheren Zeiten führte Deutschland 700 000 Tonnen Textilrohstoffe im Jahre ein. Es ist leicht auszurechnen, wie wenig die 7000 Tonnen dem Zivilverbrauch zugeführten Rohstoffe bedeuten, wenn man bedenkt, wie lange schon die Masse der Bevölkerung sich nicht mit Textilwaren versorgen konnte. Praktisch liegen die Preise für „Jedermann-Artikel“ bis zu 100 Proz. über dem Frankfurter Preisniveau.

In den Geschäften macht sich wieder bemerkbar, daß nichts zu bekommen ist. Die Geschäfte unter der Ladentheke hervor nehmen zu. Hortung und Schwarzmarkt sind nicht weniger Trumpf, als sie es vor der Währungsreform gewesen sind.

Die Auftragsverteilung für das „Jedermann-Programm“ ist den Fachverbänden übergeben. Man hat also den Bock zum Gärtner gemacht. Für diese existiert nicht der Grundsatz der Billigkeit, sondern der der Erhaltung ihrer Preise, die sie bisher hatten. Die Auftragsvergabe hat bereits Beispiele geliefert, daß Fir-

men mit günstigem Angebot keine Zuteilung erhielten, weil sie sonst den Preis „verdorben“ hätten. Skandal um Skandal!

Die STEG-Geschäfte stellen sich würdig neben die Praxis des „Jeder-



mann-Programms“. Die Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft macht in der Zeit riesiger Not einfach unglaubliche Geschäfte mit STEG-

Waren. Sie hat Männersocken für 0,27 DM übernommen und läßt sie für 4,65 DM verkaufen. Bei Wolldecken springt sie von 2,87 DM auf 19,50 DM pro Stück. 400 Proz. liegen die Preise für STEG-Waren über den ursprünglich festgesetzten Preisen. Es wird verständlich, warum die Verwaltung für Wirtschaft die Einschaltung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften abgelehnt hat. Was mit der riesigen Verdienstspanne aus STEG-Waren geschieht, darüber ist natürlich noch nicht Aufschluß gegeben worden.

Wo die Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft ihre Hände im Spiel hat, ist das schaffende Volk geprellt. Aus all den Preismanipulationen, Propagandatricks und aufgelegten Schindeldeilen gibt es nur einen Schluß für das schaffende Volk: Nicht Preisphantomen und Spekulationen nachjagen, sondern auf dem Weg über die Lohnerhöhung die Kluft zwischen hohen Preisen und niedrigen Verdiensten zu schließen. Der Kampf um höheren Lohn sichert allein das tägliche Brot. — y. m.

Wirklich Lastenausgleich?

Das erste Gesetz zum Lastenausgleich — Kriegs- und Währungsgewinnlern wird geholfen — Bedürftige erhalten Almosen

Frankfurt. (Eigenbericht) Nach langen Geheimverhandlungen hinter den Kulissen des Wirtschaftsrates haben die SPD- und die CDU-Fraktion dieses „Parlaments“ das erste Gesetz zum Lastenausgleich, die sogenannte „Soforthilfe“, endgültig verabschiedet. Nach diesem Gesetz werden von dem Grundbesitz, land- und forstwirtschaftlichen Vermögen und Betriebsvermögen Vorauszahlungen auf den Lastenausgleich in Höhe von 3 Prozent im Jahr zu leisten sein. Aus dem so entstandenen Fonds werden Leistungen an Geschädigte über 65 Jahre in Höhe von 70 DM monatlich gewährt. Alleinstehende Frauen mit mehr als drei Kindern und nicht erwerbsfähige Personen erhalten ebenfalls diese Unterhaltsbeihilfe.

Die KPD-Fraktion hatte in mehreren Anträgen versucht, dieses erste Lastenausgleichsgesetz zugunsten der Geschädigten zu verbessern. Sie forderte daher die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Befreiung der Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen von jeder Vorauszahlungspflicht. Der Abgeordnete Dr. Kroth verlangte im Namen der KPD, daß Kriegsverbrecher, Rüstungsindustrielle und Währungsgewinnler mit ihrem ganzen bzw. einem großen Teil ihres Vermögens zu den Zahlungen für den Lastenausgleich herangezogen werden sollen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kreisig wies darauf hin, daß die Warenhorter ihren Besitz nach der Währungsreform verdoppeln konnten, während die kleinen Sparer alles verloren. Angesichts dieser Feststellung von Seiten der SPD ist es um so erstaunlicher, daß gerade die SPD den kommunistischen Antrag, der die Warenhorter mit einer Abgabe von 25 Prozent belasten wollte, ablehnten und zusammen mit der CDU einer Abgabepflicht von 4 Prozent in der endgültigen Fassung des Gesetzes zustimmten.

Der Abgeordnete Dr. Kroth (KPD) erklärte, dieses Gesetz sei, ähnlich dem Entnazifizierungsgesetz, nur da-

„Der Weizen blüht nur so lange...“

„In einem — zum Glück noch kleinen — Teil der deutschen Presse hört man seit ein paar Wochen förmlich die Marsch- und Rekrutenstiel klappern. Es gibt eine ziemlich ungeschminkte Propaganda, die im Hintergrund das Bild neuer „grauer Kolonnen“ mit strammem Offizieren und schwarz-weiß-roten Fahnen parat hat, und dieses Bild dem Ausland wie auch dem kriegs- und soldatenmüden deutschen Volk wieder schmackhaft machen möchte...“

Es interessiert die Förderer dieser Pläne wenig, wieviel von den Berichten aus der Ostzone auf Tatsachen beruht und wieviel übertrieben und Gerücht ist... Man ist auch gar nicht geneigt (was bei so schwerwiegenden Entscheidungen unbedingt notwendig wäre, erst einmal Klarheit darüber zu gewinnen, welche Entwicklung sich in der Ostzone tatsächlich vollzieht, und wie sich die außenpolitische Lage in den nächsten Monaten gestalten wird... Denn die deutschen Förderer der Remilitarisierungspläne wollen ja gar nicht abwarten und nur das Nötigste tun, sondern sie wollen das Eisen schmieden, solange es heiß ist, und die künftige Entwicklung nach Möglichkeit präjudizieren. Das Schlimmste, was ihnen passieren könnte, wäre eine Regelung der deutschen Frage auf dem Verhandlungswege, die die kriegerische Atmosphäre entspannen und den Aufbau deutscher Armeen unmöglich erscheinen ließe. Es geht den allermeisten von denen, die so eifrig die Werbetrömel rühren, ja nicht um die Verteidigung der westlichen Zivilisation... Die Herren, die in der Vergangenheit dem deutschen Militarismus nahestanden, nahmen es gewöhnlich mit der Barbarei nicht so genau. Sonst hätten sie nicht die Verbündeten Hitlers sein können. Wäre es ihnen um die Verteidigung Westeuropas zu tun, dann hätten sie es nicht nötig, den Söldnercharakter ihrer geplanten Truppe noch durch den servilen Vorschlag zu unterstreichen, die deutsche Jugend nur als Infanteristen zu verwenden oder ihre Ausbildung als Legionäre in Uebersee zu empfehlen... Dann könnten sie auch nicht die deutsche Jugend als Kasernen- und Kanonenfutter im gleichen Moment anbieten, in dem die Demontagen eines neuen Auftriebs erhalten und ein wichtiger Mitgliedstaat der Westunion sich konstant gegen jede Erhöhung des deutschen Lebensstandards zur Wehr setzt... Die Entwicklung hat bis zum 2. November 1948 für die Remilitarisierung gearbeitet. Daß sie es heute noch tut, ist nicht so sicher. Im Gegenteil: es könnte sein, daß nun der entgegen gesetzte Trend eingetreten ist. Der Weizen der wenigen Remilitaristen blüht nur so lange, als die Spaltung Deutschlands in zwei Hälften als Dauerzustand und Westdeutschland als militärische Bastion oder Sprungbrett gegen den Osten betrachtet wird. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß dieser Standpunkt von den Amerikanern verlassen wird.“

Stuttgarter Zeitung.

Hofft man bei China auf ein Wunder?

Mit unverminderter Heftigkeit brandet die Offensive der kommunistisch-demokratischen Volksarmee gegen Nanking. Die dritte große Schlacht in diesem Raume wird innerhalb weniger Wochen südlich Sutschau geschlagen. An Nanking vorbei hat sich bereits nach Süden ein für Tschiangkai-shek gefährlicher Keil auf den Jangtsekiang vorgeschoben.

In der Provinz Tschacha geht der Kampf um Kalgan, das vor dem Falle steht. Vor Peking gingen an die kommunistisch-demokratischen Truppen die Städte Mijuan und Weijou verloren. Wie weiland Hitler, läßt Tschiangkai-shek über die „Räumung“ der Städte berichten. In den Berichten der Presse spiegelt sich das gleiche Bild wieder, das wir kennen und das vortäuschen soll: Was man verloren hat, habe man „freiwillig“ aufgegeben. Für die lizenzierte Presse bieten diese Strohhalm den Anhaltspunkt, doch wenigstens ab und zu Ueberschriften bringen zu können, mit denen der Eindruck vermittelt werden soll, als ob es nicht ganz so faul sei, wie es tatsächlich mit dem Regime Tschiangkai-shek und seiner amerikanisch bewaffneten Streitmacht ist.

Vielleicht ist in diesen Tatsachen auch ein Versöhnnehmen auf „Siegeschancen“ zu sehen, die man von den Eruot in Tientsin und Taingtau eingetroffenen amerikanischen Waffensendungen erwartet. Im Deutschland Hitlers hat man auch einmal sehr lange auf das Wunder gehofft.

Wird es auch in Griechenland erwartet?

Griechenland bleibt in der amerikanischen Weltstrategie ein neuralgischer Punkt. Mit dem Diktaturregime hat man Pech. In Griechenland triumphiert im monarcho-faschistischen Lager genau so Korruption und Unfähigkeit wie im China Tschiangkai-scheks. Dort ist das zweite Faß ohne Boden für den amerikanischen Steuerzahler. Siegesmeldungen aus Griechenland haben sich im Verlaufe eines Jahres als Schwindel erwiesen. Die kommunistisch-demokratische Befreiungsarmee Griechenlands unter der Führung General Markos ist zu keiner Zeit vernichtet geschlagen worden. Wehmütig muß man feststellen, daß trotz allem Aufwand an Geld, Waffen und militärischer Beratung das monarcho-faschistische System Griechenlands weiter greifender Zersetzung ausgeliefert und der „Schatten Markos“ länger geworden ist. Das Volk steht auf Seiten der demokratischen Befreiungsarmee.

Hiobsbotschaften treffen für die „Herren der Welt“ nicht nur aus China ein. Griechenland liefert diese auch. Markos steht vor Saloniki. Eine Aufklärungsgruppe ist in die Stadt eingedrungen, Angriffe auf Regierungstruppen im Abschnitt von Negrita werden gemeldet. Kikohari, die befestigte Bergstellung der Regierungstruppen im Grammosmassiv, ist von der demokratischen Volksarmee genommen worden. Aus dem Peloponnes kommen beunruhigende Nachrichten.

Viele Völker in der Welt kämpfen um die Sprengung der Ketten imperialistischer Versklavung. — II

Die Hypothek auf den dritten Weltkrieg

Von Willy Grimm

Die Wiedergeburt der militaristischen Propaganda in Westdeutschland ist unbestritten. Es wäre möglich, einen großen Blütenstrauch aus hunderten Zeitungen zusammenzubringen, einen Blütenstrauch, der bunt schillert und einen Geburtstag sichtbar macht: den der Remilitarisierung Westdeutschlands! Die Propaganda für eine Remilitarisierung kann nicht abgelehnt werden, aber sie selber wird bestritten. Begriffe, denn eine Remilitarisierung kann niemand anders als die Besatzungsmächte zu Paten haben. Für diese besteht das internationale Abkommen von Potsdam, dessen Hauptinhalt die Entmilitarisierung Deutschlands darstellt, woraus sich ergibt, daß nach Sachlage der Dinge eine Remilitarisierung den glatten Bruch eines internationalen Abkommens bedeutete. Wird man je, solange das Abkommen besteht, bei einem Tun, das das Gegenteil davon darstellt, das Eingeständnis bekommen, das dem so ist? Das ist wohl kaum anzunehmen. Die Wahrheit um militärische Dinge ist zu jeder Zeit eindeutig problematischer Natur. Der Zeitgenosse erfährt bestenfalls das, was für eine zurückliegende Zeit zutreffend war, aber niemals, was in der Gegenwart Tatsache ist. Die „Schwarze Reichswehr“ in der Weimarer Republik existierte wirklich, vorhanden war sie aber zu ihrer Zeit „nie“, denn amtlich ist sie zu keiner Zeit beglaubigt worden. Es ist also nicht verwunderlich, daß, wenn die Remilitarisierung Westdeutschlands ein greifbares Stadium erreicht haben sollte, wir mit ähnlichen Verhältnissen rechnen müssen, wie sie damals bei der „Schwarzen Reichswehr“ auch gewesen sind. Wir werden es deshalb ganz „natürlich“ finden, wenn häufig dementiert und vieles ins Bereich der Fabel verwiesen wird und werden darüber doch das richtige Empfinden und das zutreffende Urteil haben. Die „Hessischen Nachrichten“ haben, unter diesem Gesichtspunkt gesehen, auch nur ein „Gerücht“ wiedergegeben, wenn sie „von einer Zusammenfassung aus der Kriegsgefangenschaft entlassener freiwilliger Soldaten“ sprechen. „Ein Teil der Angehörigen dieser Einheiten, deren Stärke in einem bestimmten Raum unter Führung eines Generals gegenwärtig mit etwa 45 000 angegeben wird, sollen bereits während der Gefangenschaft in verschiedenen ausländischen Lagern geschult worden sein.“ Das ist also ein Gerücht aus dem Bereich des „Handgreiflichen“.

Man sollte meinen, daß feststellbar ist, wenn Menschen Uniformen, Waffen tragen und militärische Übungen machen. Das Feststellbare ist aber in seinem Charakter deshalb noch nicht eindeutig. Für Dementis ist immer ein breiter Raum, denn auch über den Charakter bewaffneter Formationen läßt sich streiten und wird gestritten. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ meint, die Besatzungsmächte würden Dr. Kogon wegen seiner Mitteilungen zu Unrecht grollen. Das Blatt schreibt: „Vielleicht sind den angelsächsischen Mächten die Mitteilungen Dr. Kogons unangenehm und vielleicht werden sie sagen, man hätte den Russen diesen Stoff zur Propaganda nicht geben sollen. Ueber kurz oder lang würden es die Russen doch erfahren, daß auf den deutschen Übungsplätzen der anglo-amerikanischen Besatzungszonen größere Einheiten ausgebildet werden. Ob

man die Dinge ein Vierteljahr früher oder später veröffentlicht, ist wohl gleichgültig.“ Etwas reichlich naiv getan, für ein Blatt, das sonst in der Frage der Remilitarisierung genau weiß, was es will. Im Grunde begrüßt dieses (schwerindustrielle) Blatt, wenn die Remilitarisierung Westdeutschlands möglichst rasch sichtbar gemacht wird; denn diese ist doch ein Gewicht, das man im Felde mit den westlichen Alliierten in die Waagschale zu werfen denkt. Als Tatsache wiegt die Remilitarisierung mehr wie eine nicht eingestandene, die nur das Ausmaß einer Möglichkeit gestattet. Neivität ist hier nur der schützende Mantel, ungestraft eine Indiskretion begehen zu dürfen.

Eine vor sich gehende Remilitarisierung ist aber nicht erst dann bestätigt, wenn Soldaten über Exerzierplätze hüpfen. Das ist der letzte Akt. Es gibt so etwas wie eine „Generalstabsarbeit“, Planung, Organisation, alles Dinge, die dem Exerzierplatzhüpfen vorausgehen und in einem gewissen Stadium sogar die einzige Betätigung auf dem Felde der Wiedergeburt eines deutschen abhängigen Militarismus sein können. Es reicht vollkommen, wenn wir uns in dieser Periode befinden. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ will wissen, daß sich „führende Politiker Westdeutschlands, namentlich aus Kreisen der westdeutschen CDU und des Zentrums in einer Form, die noch zu klären wäre, über die deutsche Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas geäußert hätten.“ Der frühere Generalstabschef Hitlers, Franz Halder, hat sich sehr eingehend geäußert. Er greift die strategischen Erwägungen der Westmächte auf. Die Pyrenäengrenze ist bei ihm aus dem Spiel, denn muß man mit ihr rechnen, dann hat man selbst schon ausgespielt. Er greift also dankbar den „zweiten Plan“, der den Rhein strategisch betrifft, auf. Wir hören von ihm, als ob es sich um ein paar Rheinwiesen handle, daß das „östliche Vorgelände des Rheins“ aufgegeben werden müsse. Er fährt dann fort: „Im Ernstfall gibt es daher nur eines: die Verteidigung der Rheinlinie den Alliierten und ihrer Luftwaffe zu überlassen und durch Radioaufrufe alle wehrfähigen deutschen Männer aufzurufen, sich mit eigenen Mitteln hinter die Rheinlinie zu begeben, um sich in die Verteidigung Westeuropas einzureihen.“

Frauen und Kinder, wer nicht über den Rhein auf linke Ufer kommt, ist sich selbst — oder nach Halder — der Alliierten Luftwaffe überlassen. Deutlicher als mit den Worten Halders hätte das Menetekel über die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht ausgesprochen werden können.

Aus einer anderen Ecke kommt ein nicht weniger brutaler Gedanke. Otto Strasser hat sich ausgelassen: „Wenn auch 5 bis 10 Millionen Deutsche in einem dritten Weltkrieg kommen, so kommen doch weit mehr Russen und Amerikaner, Polen und Franzosen um... deshalb... freuen wir uns, daß ihre gegenseitige Zersplitterung eine beiderseitige Schwächung herbeiführt.“ 5—10 Millionen Deutsche können, wenn die Hoffnung besteht, bei den Anders sind ein paar Millionen mehr, mit Selbstverständlichkeit umgebracht werden. Otto Strassers Gruppe ist als Partei

(Fortsetzung auf Seite 2)

Tumultszenen im Landtag

CDU delegiert den Propagandisten der westdeutschen Militarisation in den Wirtschaftsrat.

Die Kommunistische Partei hatte im Landtag an die Regierung eine „Große Anfrage“ gestellt wegen des Zeitungsartikels „Westdeutschlands Abwehr“ von Dr. Rudolf Vogel. Genosse Leibbrand, der sie begründete, sagte, daß Dr. Vogel kein weißer Rabe sei, der krächzt, sondern er fordere im Chor vieler die Remilitarisierung Westdeutschlands. Dabei sei Dr. Vogel Angestellter des staatlichen „Büros für Friedensfragen“. Der verantwortliche Staatssekretär dieses Büros, Dr. Eberhard, bezeichnete den strittigen Artikel Dr. Vogels als private Meinungsäußerung. Die CDU stellte sich voll in der Debatte hinter Dr. Vogel. Abg. Gustav Zimmermann (SPD) meinte, man solle über militärische Dinge heute schamhaft schweigen. Der Artikel Vogels sei ungeschickt und überflüssig. „Wir haben fünf Millionen Menschen durch den Krieg verloren, genügt uns das nicht?“

Die CDU-Fraktion leistete sich im Anschluß an diese Debatte eine glatte Provokation. An Stelle Dr. Haffner schlug sie eben diesen Dr. Rudolf Vogel als Vertreter Württemberg-Badens für den Wirtschaftsrat vor. Der Standpunkt der SPD-Fraktion dazu war, ihr könne nicht zugemutet werden, ausgerechnet diesen Dr. Vogel zu wählen, was den Anlaß zu Tumultszenen und Beschimpfungen gab und ein Bild schuf, wie es im württembergisch-badischen Landtag noch nicht zu sehen war. Trotz diesen Tatsachen ermöglichte die SPD-Fraktion durch ihre Stimmenthaltung bei der Wahl, daß Dr. Vogel in den Frankfurter Wirtschaftsrat gewählt wurde.

Stuttgart. (EB) Geschlossen verließ die CDU-Fraktion des württembergisch-badischen Landtages am 1. Dezember den Sitzungssaal, als die Wahl des von ihr nominierten Kandidaten in den Frankfurter Wirtschaftsrat gefährdet schien. Die Sitzung wurde daraufhin auf eine halbe Stunde unterbrochen. Die Vermittlungsversuche der Koalitionspartner der CDU blieben jedoch ohne Erfolg und sie nahmen es schließlich auch hin, daß der umstrittene Tagesordnungspunkt nach Wiederaufnahme der Sitzung im Sinne der CDU erledigt wurde. Sie wählte mit 32 Stimmen als Nachfolger des Salamander-Generaldirektors Dr. Alex Haffner, der Erhard die vorgeschlagene 25proz. Sonder-

abgabe aus den Hortungsvorräten übernommen hatte, Dr. Rudolf Vogel in den Wirtschaftsrat. 35 Stimmzettel wurden leer abgegeben, 4 enthielten andere Namen.

Es war dies das erste Mal, daß der württembergisch-badische Landtag derartige Tumultszenen erlebte. Es ist bezeichnend, daß gerade die CDU ihr Urheber war. Dabei ging es nicht etwa um Wohl und Wehe der Neubürger, der Fürsorge- und Rentnempfinger oder um andere hochpolitische Entscheidungen — der einzige Grund war der, daß die DVP und SPD Bedenken gegen die Person des von der CDU vorgeschlagenen Kandidaten für den Wirtschaftsrat äußerten. Diese waren nur zu berechtigt, denn beim vorherge-

